



## **sachkundige Einwohner**

Herr Andreas Koch  
Herr Bertram Otto

BürgerBündnis  
SPD

nicht entschuldigt  
entschuldigt

## **Gäste:**

Frau Martina Trauth  
Frau Magdolna Grasnick  
Frau Viola Holtkamp  
Herr Gregor Jekel  
Herr Frank Thomann  
Frau Martina Spyra

Büro für Chancengleichheit und Vielfalt  
Büro für Chancengleichheit und Vielfalt  
Bereich Verbindliche Bauleitplanung  
Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration  
Fachbereich Soziales und Gesundheit  
Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2019 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Instrumente zur Begrenzung des Mietenanstiegs in Potsdam  
Vorlage: 19/SVV/1016  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke  
- Wiedervorlage -
- 4.2 Evaluation des Wohnungspolitischen Konzepts  
Vorlage: 19/SVV/1258  
Fraktion CDU
- 4.3 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes  
2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024  
Vorlage: 19/SVV/1174  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103  
- Wiedervorlage -
- 4.4 Änderung der Stellplatzsatzung  
Vorlage: 19/SVV/1091  
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
- 4.5 Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland), Abwägung und  
Satzungsbeschluss  
Vorlage: 19/SVV/1101  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.6 Kommunaler sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland  
Vorlage: 19/SVV/1308
- 4.7 Barrierefreier Zugang zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung  
Vorlage: 19/SVV/1286  
Fraktion DIE aNDERE

- 4.8 Zugang zum Havel Quartier Potsdam für Menschen mit Mobilitätseinschränkung  
Vorlage: 19/SVV/1306  
Fraktion der Freien Demokraten
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Fortsetzung der Aussprache zum Report der Beauftragten für Migration und Integration 2019
- 5.2 Information zur Wohngeldnovelle
- 6 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 19.11.2019 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird mehrheitlich **bestätigt**.

Frau Eisenblätter schlägt vor, die Tagesordnung um einen nicht öffentlichen Teil zu ergänzen, in dem der Beirat für Menschen mit Behinderung und die Besetzung der Stelle des Beauftragten für Menschen mit Behinderung thematisiert werden. Des Weiteren schlägt sie vor, die Drucksache 19/SVV/1091 „Änderung der Stellplatzsatzung“ (TOP 4.3) zurückzustellen. Die Tagesordnungspunkte 4.4 „Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland), Abwägung und Satzungsbeschluss“ (DS 19/SVV/1101) und 4.8 „Kommunaler sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland“ (DS 19/SVV/1308) sollten aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam behandelt werden.

Herr Eichert schlägt vor, auch die Tagesordnungspunkte 4.1 „Instrumente zur Begrenzung des Mietenanstiegs in Potsdam“ (DS 19/SVV/1016) und 4.5 „Evaluation des Wohnungspolitischen Konzepts“ (DS 19/SVV/1258) aufgrund des thematischen Zusammengangs gemeinsam zu beraten.

Frau Eisenblätter schlägt vor, die Drucksache 19/SVV/1286 „Barrierefreier Zugang zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung“ (TOP 4.6) zurückzustellen, bis es einen neuen Sitzungssaal für die Stadtverordnetenversammlung gibt. Danach sollte über den Antrag diskutiert werden.

Frau Laabs weist darauf hin, dass der Antrag weiter geht. Sie stimmt der Zurückstellung des Antrags zu.

Frau Eisenblätter stellt zunächst die Änderungen zur Abstimmung.

Die Änderungen werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend stellt sie die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

### **zu 3      Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums**

Frau Eisenblätter verweist auf den Tätigkeitsbericht des Migrantenbeirates, der an alle Ausschussmitglieder ausgereicht wurde.

Herr Dr. Hardenberg teilt mit, dass es von Seiten des Seniorenbeirates keinen Bericht gibt.

Frau Eisenblätter weist darauf hin, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung im nicht öffentlichen Teil der Sitzung besprochen wird.

### **zu 4      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 4.1    Instrumente zur Begrenzung des Mietenanstiegs in Potsdam**

##### **Vorlage: 19/SVV/1016**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke  
- Wiedervorlage -

Frau Eisenblätter verweist auf die folgende als Tischvorlage ausgereichte geänderte Fassung des Antrages:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Stand der Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzepts von 2015 (DS 15/SVV/0609) darzustellen und die Wirksamkeit zu bewerten. Das Ergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung bis Mai 2020 vorgelegt werden.**

**In diesem Zusammenhang sollen zur Aktualisierung des Wohnungspolitischen Konzepts Vorschläge zur weiteren Begrenzung des Mietenanstiegs geprüft und entwickelt werden. Dazu gehören z.B. solche Instrumente wie Sozialerhaltungssatzung, Milieuschutzsatzung und die Förderung von genossenschaftlicher sowie gemeinschaftlicher Eigentumsbildung.**

**Dabei ist aufzuzeigen, welche Voraussetzungen für bezahlbares Wohnen durch Bund und Land geschaffen werden müssen und wie die Stadt entsprechende Forderungen wirksam vertreten kann.**

**Der Oberbürgermeister wird zudem aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung, beginnend in 2020 einen zweijährigen Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung vorzulegen.**

Herr Jekel erklärt, dass der Antrag innerhalb des Bündnisses für Wohnen bearbeitet werden soll.

Herr Eichert weist darauf hin, dass gemäß dem Antrag 19/SVV/1258 der Fraktion CDU zunächst eine Evaluation erfolgen sollte. Es sollte erst geprüft werden, was umgesetzt wurde und was nicht. Dies sollte in der Arbeitsgruppe erfolgen. Er spricht sich dafür aus, zuerst die Evaluation durchzuführen und anschließend die weiteren Schritte zu beraten.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass genau dies im Änderungsantrag steht.

Herr Jekel versteht den Antrag so, dass Instrumente gesammelt werden, die im Konzept zu berücksichtigen sind. Er verweist auf die diversen Beschlüsse dazu, die ebenso umgesetzt werden müssen.

Herr Eichert spricht sich dafür aus, zuerst die Evaluation durchzuführen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Frau Eisenblätter die geänderte Fassung der Drucksache zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Stand der Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzepts von 2015 (DS 15/SVV/0609) darzustellen und die Wirksamkeit zu bewerten. Das Ergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung bis Mai 2020 vorgelegt werden.**

**In diesem Zusammenhang sollen zur Aktualisierung des Wohnungspolitischen Konzepts Vorschläge zur weiteren Begrenzung des Mietenanstiegs geprüft und entwickelt werden. Dazu gehören z.B. solche Instrumente wie Sozialerhaltungssatzung, Milieuschutzsatzung und die Förderung von genossenschaftlicher sowie gemeinschaftlicher Eigentumsbildung.**

**Dabei ist aufzuzeigen, welche Voraussetzungen für bezahlbares Wohnen durch Bund und Land geschaffen werden müssen und wie die Stadt entsprechende Forderungen wirksam vertreten kann.**

**Der Oberbürgermeister wird zudem aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung, beginnend in 2020 einen zweijährigen Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich mit 7 Zustimmungen und 1 Ablehnung angenommen.

#### **zu 4.2 Evaluation des Wohnungspolitischen Konzepts**

**Vorlage: 19/SVV/1258**

Fraktion CDU

Frau Eisenblätter stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Wohnungspolitische Konzept, das mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 7. Oktober 2015 - DS 15/SVV/0609 als Handlungsrahmen für die städtische Wohnungspolitik vorgegeben wurde,

- a. hinsichtlich des Standes der Umsetzung der vorgeschlagenen Instrumente und
- b. hinsichtlich der Auswirkung derselben zu evaluieren.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im ersten Quartal 2020 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

bei 1 Ja-Stimmen, 4 Ablehnungen und 4 Stimmenthaltungen

**zu 4.3 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024**

**Vorlage: 19/SVV/1174**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103  
- Wiedervorlage -

Herr Nolde fragt, ob es für den Ausbau der Pflegestützpunkte weitere Mittel von Seiten des Landes gibt.

Herr Thomann sagt zu, beim zuständigen Ministerium nachzufragen und im GSWI-Ausschuss zu berichten wird.

Frau Laabs fragt, wie sich die vorläufige Haushaltsführung auf die freiwilligen Leistungen auswirkt.

Herr Thomann erklärt, dass Abschlagszahlungen vorgenommen werden. Es wird davon ausgegangen, dass die Arbeit sichergestellt wird.

Auf Nachfrage erklärt Frau Meier, dass ein Bericht zur neuen Priorisierung der zusätzlich einzurichtenden Stellen gegeben werden kann. Sie berichtet, dass es dazu eine Klausur im Januar 2020 geben wird. Danach kann im GSWI-Ausschuss eine Information gegeben werden.

Herr Nolde spricht die nachhaltige Quartiersentwicklung an und fragt, in welchem Rahmen diese möglich ist.

Herr Jekel erklärt, dass dies nur in einem sehr begrenzten Rahmen möglich sei.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung über die Änderungs- und Ergänzungsanträge.

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen:**

Ziffer 2

Es gelten die folgenden fünf strategischen Themenfelder, welche innerhalb der Eckwerte finanziell zu berücksichtigen sind:

- Die Landeshauptstadt Potsdam als bürgernahe Dienstleisterin und attraktive Arbeitgeberin

- Klimaschutz und umwelt- und sozialgerechte Mobilität
- Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung, sozialer Ausgleich und gleichwertige Lebensverhältnisse in den Stadt- und Ortsteilen
- Moderne Bildungsinfrastruktur
- Konzeptionierung, Entwicklung und Erstellung einer 10-Jahres-Investitionsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam

#### Ziffer 3a

Diese erhöhten, teilweise nicht gebundenen Eigenmittel sollen insbesondere folgenden investiven

Schwerpunktsetzungen in den Jahren von 2020 bis 2024 dienen:

- Aktive Liegenschaftsstrategien / Grundstücksankäufe
- Öffentlicher Personennahverkehr
- Radwege / Radverkehr
- IT und Schul-IT
- Bildungsinfrastruktur / Schulen, Schulsport, Schulausstattung
- Schaffung guter Arbeitsbedingungen (u.a. Verwaltungsgebäude)
- Stadtentwicklungsmaßnahmen Potsdamer Süden

#### Ziffer 3b

Der Klimaschutz ist ein herausgehobenes und sämtliche städtische Aufgaben umfassendes Ziel. Daher erfolgt im Vorbericht zum Haushaltsentwurf 2020/2021 eine gesonderte Darstellung und Berichterstattung, welche finanziellen Ressourcen in den einzelnen Produkten und in den Investitionsmaßnahmen der Geschäftsbereiche für die Erreichung dieses Zieles vorgesehen sind.

Ziffer 4. wird neu gefasst, wie folgt:

4. Haushaltsneutrale Umschichtungen zwischen den Geschäftsbereichsbudgets können im Rahmen der konkretisierenden Haushaltsplanung vorgenommen werden. Die Pflichtleistungen sind dabei zu sichern. Auch Mittel für freiwillige Leistungen sollen möglichst mit ansteigenden Bedarfen entsprechend dem Bevölkerungswachstum erhöht werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich angenommen.

**Der Änderungsantrag der Fraktion AfD wird durch Herrn Tänzer zurückgezogen.**

#### **Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE:**

Die Ds 19/SVV/1174 wird wie folgt geändert:

In Punkt 2 wird ergänzt:

- a. erster Spiegelstrich: die Landeshauptstadt Potsdam und die städtischen Eigenbetriebe als attraktiver Arbeitgeber und Dienstleister
- b. zweiter Spiegelstrich: umweltgerechte und soziale Mobilität
- c. neuer, sechster Spiegelstrich: Weiterentwicklung der Partizipation über die Weiterentwicklung des Bürgerhaushalts
- d. neuer, siebenter Spiegelstrich: Weiterentwicklung der multikulturellen, sozialen und kulturell vielfältigen Stadt

Als zusätzlicher Punkt 8 wird ergänzt:

***Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei künftigen Investitionsentscheidungen für die einzelnen Investitionsalternativen die absehbaren CO<sub>2</sub>- Emissionen zu ermitteln und dann mit einem CO<sub>2</sub>-Preis zu kalkulieren.***

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt.

### **Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten:**

Die Beschlussvorlage des Oberbürgermeisters in der Fassung vom 22.10.2019 wird in Ziffer 2 wie folgt geändert:

2. Es gelten die folgenden fünf strategischen Themenfelder, welche innerhalb der Eckwerte finanziell zu berücksichtigen sind:

- Die Landeshauptstadt Potsdam als attraktiver Wirtschaftsstandort mit einer effizienten und digitalisierten Verwaltung
- Ausbau einer umweltgerechten und multimodalen Mobilität
- Nachhaltige Stadt- & Quartiersentwicklung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
- Moderne Bildungsinfrastruktur mit vorausschauender Planung
- Konzeptionierung, Entwicklung und Erstellung einer 10-Jahres-Investitionsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam mit regelmäßiger Erfolgskontrolle

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich **abgelehnt**.

Anschließend stellt Frau Eisenblätter die so geänderte Beschlussvorlage zur Abstimmung.

### **Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

1. Die aus den Allgemeinen Finanzierungsmitteln als Finanzrahmen abgeleiteten Strategischen Eckwerte je Geschäftsbereich für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 sowie für die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024 (siehe Anlage, Tabelle 2). Leitgedanke bei der Ableitung ist die Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt Potsdam.
2. Es gelten die folgenden fünf strategischen Themenfelder, welche innerhalb der Eckwerte finanziell zu berücksichtigen sind:
  - Die Landeshauptstadt Potsdam als attraktiver Arbeitgeber und Dienstleister
  - Umweltgerechte Mobilität
  - Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung
  - Moderne Bildungsinfrastruktur
  - Konzeptionierung, Entwicklung und Erstellung einer 10-Jahres-Investitionsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam
3. Unter Einhaltung dieser finanziellen und strategischen Vorgaben wird dem Investitionshaushalt 2020/2021 und der mittelfristigen Investitionsplanung bis 2024 jeweils jährlich ein Eigenmittelanteil von rd. 40 Mio. EUR (kumuliert: 200 Mio. EUR) zur Verfügung gestellt.
4. Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können haushaltsneutrale Umschichtungen zwischen den Geschäftsbereichs-Budgets vorgenommen werden.
5. Zur Absicherung und Aufrechterhaltung eines möglichst breiten kommunalen Leistungsangebotes sind Ertragsmöglichkeiten adäquat auszuschöpfen.

6. Etwaige Veränderungen bei nicht zahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Eckwertebeschlusses ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge und Aufwendungen.
7. Die Anstrengungen zur freiwilligen Haushaltskonsolidierung (siehe Beschluss der StVV vom 07.03.2018 DS 17/SVV/0953) werden mit dem Schwerpunkt Aufgabenkritik fortgeführt.

#### **+ Änderungsantrag:**

##### Ziffer 2

Es gelten die folgenden fünf strategischen Themenfelder, welche innerhalb der Eckwerte finanziell zu berücksichtigen sind:

- Die Landeshauptstadt Potsdam als bürgernahe Dienstleisterin und attraktive Arbeitgeberin
- Klimaschutz und umwelt- und sozialgerechte Mobilität
- Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung, sozialer Ausgleich und gleichwertige Lebensverhältnisse in den Stadt- und Ortsteilen
- Moderne Bildungsinfrastruktur
- Konzeptionierung, Entwicklung und Erstellung einer 10-Jahres-Investitionsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam

##### Ziffer 3a

Diese erhöhten, teilweise nicht gebundenen Eigenmittel sollen insbesondere folgenden investiven

Schwerpunktsetzungen in den Jahren von 2020 bis 2024 dienen:

- Aktive Liegenschaftsstrategien / Grundstücksankäufe
- Öffentlicher Personennahverkehr
- Radwege / Radverkehr
- IT und Schul-IT
- Bildungsinfrastruktur / Schulen, Schulsport, Schulausstattung
- Schaffung guter Arbeitsbedingungen (u.a. Verwaltungsgebäude)
- Stadtentwicklungsmaßnahmen Potsdamer Süden

##### Ziffer 3b

Der Klimaschutz ist ein herausgehobenes und sämtliche städtische Aufgaben umfassendes Ziel. Daher erfolgt im Vorbericht zum Haushaltsentwurf 2020/2021 eine gesonderte Darstellung und Berichterstattung, welche finanziellen Ressourcen in den einzelnen Produkten und in den Investitionsmaßnahmen der Geschäftsbereiche für die Erreichung dieses Zieles vorgesehen sind.

Ziffer 4. wird neu gefasst, wie folgt:

4. Haushaltsneutrale Umschichtungen zwischen den Geschäftsbereichsbudgets können im Rahmen der konkretisierenden Haushaltsplanung vorgenommen werden. Die Pflichtleistungen sind dabei zu sichern. Auch Mittel für freiwillige Leistungen sollen möglichst mit ansteigenden Bedarfen entsprechend dem Bevölkerungswachstum erhöht werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich mit 6 Zustimmungen und 3 Ablehnungen **angenommen.**

#### **zu 4.4**

#### **Änderung der Stellplatzsatzung**

**Vorlage: 19/SVV/1091**

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen

Die Drucksache wird zurückgestellt.

**zu 4.5      Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland), Abwägung und Satzungsbeschluss**

**Vorlage: 19/SVV/1101**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen. Sie teilt mit, dass die Drucksache durch den Ortsbeirat Fahrland zum Beschluss empfohlen wurde.

Anschließend geht sie auf den Änderungsantrag von Frau Lange ein und weist darauf hin, dass bei einer Änderung des Satzungsbeschlusses eine erneute öffentliche Auslegung erforderlich ist. Frau Holtkamp weist darauf hin, dass die Kinderspielplatzsatzung gilt, auch ohne dass sie in den Satzungsbeschluss aufgenommen wird.

**Änderungsantrag Frau Lange im OBR Fahrland:**

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt im Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland) einen **Spielplatz** verbindlich festzusetzen, um für die in WA4 und WA5 vorgesehenen Hausgruppen in offener Bauweise mit mehr als 4 Wohnungen die Rechtskonformität zur geltenden Potsdamer Kinderspielplatzsatzung herzustellen: „Die Satzung gilt für Kinderspielplätze, die nach § 7 Abs. 3 Satz 2 BbgBO bei Errichtung von Gebäuden mit mehr als vier Wohnungen auf dem Baugrundstück zu schaffen sind.“ (§ 1 Geltungsbereich der Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam).*

*Dafür ist eine geeignete Fläche im Bebauungsplan auszuweisen, entweder auf privaten Grund am Rande des Knotenpunktes der Straße Am Fahrländer Mühlenberg und des Schulweges (Fuß- und Radweg zwischen Döberitzer Straße und Schule) oder auf einer kommunalen Fläche im Bebauungsplangebiet, wenn mit dem Investor keine Einigung gefunden werden kann.*

Herr Heuer weist darauf hin, dass die Kinderspielplatzsatzung entgegen dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung nicht angepasst wurde. Er äußert Zweifel, dass der geforderte Spielplatz in der Form errichtet wird und macht darauf aufmerksam, dass es einen städtebaulichen Vertrag mit einem privaten Investor gibt.

Herr Fröhlich bittet darum, dass der Antrag bis zur Klärung der gestellten Fragen zurückgestellt wird.

Frau Eisenblätter schlägt vor, die Drucksachen 19/SVV/1101 und 19/SVV/1308 zurückzustellen und bittet um Abstimmung darüber.

Der **Zurückstellung** der beiden genannten Drucksachen wird **einstimmig zugestimmt**.

**zu 4.6      Kommunalen sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland**

**Vorlage: 19/SVV/1308**

Fraktion DIE LINKE

Die Drucksache wird zurückgestellt.

**zu 4.7      Barrierefreier Zugang zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung**  
**Vorlage: 19/SVV/1286**  
Fraktion DIE aNDERE

Die Drucksache wird zurückgestellt.

**zu 4.8      Zugang zum Havel Quartier Potsdam für Menschen mit**  
**Mobilitätseinschränkung**  
**Vorlage: 19/SVV/1306**  
Fraktion der Freien Demokraten

Herr Seefeld bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Frau Eisenblätter die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt mit den Beteiligten des Baus der Speicherstadt / Havel Quartier Potsdam zu prüfen, wie zur Überbrückung des Höhenunterschiedes zwischen dem Niveau der Langen Brücke und des neu entstehenden Quartiers anstelle des geplanten Fahrtstuhls eine Rampe für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen (z.B. Rollstuhl, andere Gehbehinderte und Kinderwagen) zu realisieren ist.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

**zu 5           Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1       Fortsetzung der Aussprache zum Report der Beauftragten für Migration und Integration 2019**

Herr Jekel verweist auf die Handlungsempfehlung, die Migrationssozialarbeit (MSA) für die bleibeberechtigten Migrantinnen und Migranten, die Leistungen nach dem SGB II erhalten, auszubauen. Er gibt anhand einer Präsentation Erläuterungen zu den gesetzlichen Grundlagen. Anschließend stellt er die vorläufige Auswertung der Erstattung und Verwendung der Mittel für MSA für 2019 vor und gibt dann einen Überblick über die Prognose für 2020.

Frau Grasnick teilt mit, dass sie es sehr begrüßt und dafür dankt, dass die bestehenden Migrationssozialarbeit(MSA)-Beratungsstrukturen für das Jahr 2020 die Möglichkeit erhalten, entsprechend den bestehenden Bedarfen Anträge auf die Aufstockung ihres MSA-Personals zu stellen.

Des Weiteren begrüßt sie, dass für die in der Stadtverwaltung beschäftigten MSA-Kolleg\*innen gewährleistet werden sollte, dass diese ihre Aufgaben unabhängig von der sonstigen behördlichen Aufgabenerfüllung wahrnehmen – entsprechend § 14 Abs. 1 Landesaufnahmegesetz-Durchführungsverordnung – LAufnGDV ([https://bravors.brandenburg.de/verordnungen/laufngdv\\_2016](https://bravors.brandenburg.de/verordnungen/laufngdv_2016)).

Frau Laabs dankt der Verwaltung für das Geleistete, insbesondere dafür, dass eine Klärung herbeigeführt wurde.

Frau Schulze verweist auf den möglichen Fall, dass die vorhandenen Mittel nicht ausreichen und fragt, wer dann entscheidet dann, welche Anträge positiv beschieden werden und welche negativ.

Herr Jekel geht davon aus, dass die Mittel ausreichen. Er erklärt, dass es verschiedene Möglichkeiten gibt, mit einer Überzeichnung oder einer Nichtausschöpfung der Mittel umzugehen. Die Entscheidung wird dann durch die Verwaltung getroffen.

## **zu 5.2 Information zur Wohngeldnovelle**

Herr Jekel gibt anhand einer Präsentation Erläuterungen zur Wohngeldnovelle 2020. Er weist darauf hin, dass die Landeshauptstadt Potsdam in der Mietenstufe IV bleibt und erläutert die geltenden Miethöchstgrenzen. Er informiert, dass Wohngeldbeziehende deren Bewilligungszeitraum im Jahr 2020 endet, Anfang 2020 automatisch einen neuen Bescheid mit den angepassten Miethöchstgrenzen erhalten.

Des Weiteren erklärt Herr Jekel, dass die Einkommensgrenzen nach oben verändert werden. Das führt dazu, dass mehr Haushalte wohngeldberechtigt sind. Er teilt mit, dass die Anzahl der Berechtigten höher ist, als die Zahl der Antragsteller.

Abschließend macht er auf die Dynamisierung des Wohngeldes aufmerksam und informiert, dass alle zwei Jahre eine Anpassung für Miete und Belastung erfolgt.

## **zu 6 Sonstiges**

Herr Thomann erklärt, dass Kultur Potsdam finanziell schlechter gestellten Menschen nahezu kostenfrei die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen ermöglicht. Bisher wurde dies über das Integrationsbudget finanziert.

Bis Juni 2020 kann nun eine finanzielle Unterstützung durch Fachbereich Soziales und Gesundheit auf der Grundlage des ursprünglich beim Fachbereich Soziales und Gesundheit eingereichten Antrages realisiert werden. In der kommenden Woche wird es eine Gespräch mit der Geschäftsführerin des Vereins geben.

Der Förderantrag von Kultur für 2020 wurde an den Kulturbereich mit der Bitte abgegeben, die weitere Finanzierung sicherzustellen.

Frau Schulze macht deutlich, dass durch den Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um das Projekt zunächst weiterzuführen. Sie fragt, ob diese Mittel dann für den Geschäftsbereich verloren sind.

Dies wird durch Herrn Thomann bestätigt. Er informiert, dass die Finanzierung aus Haushaltsresten erfolgen wird.

Frau Meier erklärt, dass der ursprünglich an den Fachbereich Soziales und Gesundheit gestellte Antrag von Kultur jetzt durch den Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit bearbeitet wird. Mit Beschluss des Haushaltes 2020/2021 muss der Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport die Förderung übernehmen.

Frau Laabs betont, dass gute soziale Projekte nicht finanziert werden und damit nicht durchgeführt werden können, weil die Mittel dafür nicht ausreichen. Für

dieses Projekt wurde nun eine Lösung gefunden.

Frau Meier weist darauf hin, dass nur hier die Mittelübertragung möglich ist. Sie betont, dass Kultür bereits fristgemäß einen Förderantrag beim Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit gestellt hat und gebeten wurde, den Förderantrag beim Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport zu stellen. Dem ist der Verein nachgekommen. Außerdem muss darauf hingewiesen werden, dass bei Auslaufen der Förderung dem vorhandenen Personal gekündigt werden müsste.

Herr Thomann ergänzt, dass Kultür ein Projekt ist, das eine sehr gute Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger leistet, die sonst mit Kultur nicht in Kontakt kommen. Das Projekt ist grundsätzlich förderfähig. Er betont, dass die Mitglieder des Auswahlgremiums für die Förderprojekte darüber per E-Mail informiert und um ein Votum gebeten wurden.

Frau Sammer betont, dass durch die Begrenzung der zur Verfügung stehenden Mittel wichtige Projekte zurückgestellt wurden.

**Ab 19:05 Uhr erfolgt die Sitzungsleitung durch Frau Schulze.**

Frau Schulze erinnert daran, dass es zum letzten Haushaltsbeschluss einen haushaltsbegleitenden Beschluss gab, Kultür zu fördern. Sie betont, dass mit der Förderung die Kündigung der Mitarbeitenden verhindert werden kann und somit auch in Folge dessen kein Neuaufbau des Projektes erfolgen müsste.

Frau Sammer betont, dass eine Abstimmung über die Förderung per E-Mail für sie schwierig ist. Sie spricht sich dafür aus, eine erneute Beratung dazu durchzuführen, um dies zu diskutieren.

Frau Meier weist darauf hin, dass es ein Zuschuss aus Haushaltsresten ist. Dies ist verfahrenstechnisch möglich.

**Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 18. Februar 2020, 18:00 Uhr**

**Imke Eisenblätter**  
**Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**



Landeshauptstadt  
Potsdam

Beirat für Menschen  
mit Behinderung

Landeshauptstadt Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Ihre Antwort an Beirat für Menschen mit Behinderung der  
Landeshauptstadt Potsdam  
Friedrich-Ebert-Str. 79/81  
14469 Potsdam

An die  
Mitgliederinnen und Mitglieder  
des GSWI Ausschuss

Auskunft erteilt  
Telefon 0331 289- 1088  
Telefax 0331 289-  
Dienstgebäude Hegelallee 6 - 10  
Zimmer 123  
E-Mail teilhabe@rathaus.potsdam.de  
Aktenzeichen  
Datum 16. Februar 2020

## Aktivitäten des Beirates für Menschen mit Behinderung Landeshauptstadt Potsdam

Stand 16. Februar 2020

- 12.12.2020: Mitarbeit am Workshop Neugestaltung der Wissenschaftsetage, datLab School
- 16.12.2019: Bürgerkontakt, Thema: Fahrstuhlumbau in Schulen
- 16.12.2019: Gesamtbeiratssitzung
- 06.01.2020: Gesamtbeiratssitzung
- 08.01.2020: Bürgerkontakt, Thema Essensgeld in Werkstätten
- 08.01.2020: Bürgerkontakt, Thema Barrierefreiheit im Blu
- 09.01.2020: Bürgerkontakt, Schließung des Oberlin- Bewegungsbades
- 13.01.2020: Einladung zur Fraktionssitzung DieAnderen zur Klärung der Zusammenarbeit/ Bearbeitung aktueller Themen
- 13.01.2020: Besprechung des Nutzungskonzeptes der Orangerie



Beirat für Menschen mit  
Behinderung der Landeshauptstadt  
Potsdam  
Friedrich-Ebert-Str. 79/81  
14469 Potsdam

USt-IdNr.: DE138408386

**Büro** Hegelallee  
6 – 10  
  
14467 Potsdam  
  
Zimmer 123  
Haus 1

**Öffnungszeiten:**  
Nach Vereinbarung  
  
teilhabe@  
rathaus.potsdam.de

**Sprecherin:**  
Manuela Kiss

**Stellv. Sprecher:**  
Thomas Zander

- 14.01.2020: Einladung zum 10jährigen Jubiläum des Pflegestützpunkts
- 14.01.2020: Ortstermin im Blu zum Thema Barrierefreiheit
- 16.01.2020: Mitarbeit in der Arbeitsgruppe 'Komm auf Tour', Jugendberufsagentur Potsdam
- 18.01.2020: Neujahrsempfang des OB Herrn Schubert
- 21.01.2020: Beratung bei Einbau von Induktionsschleifen für die Garnisonskirche
- 21.01.2020: Bürgerkontakt, Thema Eingliederungshilfe / Sozialhilfe
- 22.01.2020: Neujahrsempfang „Stadtspuren“ 2020
- 27.01.2020: kleine Beiratssitzung zur Vorbereitung der Gesamtbeiratssitzung März
- 28.01.2020: Teilnahme Forum Krampnitz
- 10.02.2020: Treffen mit neuen Beiratsmitgliedern (Nachrücker)
- 10.02.2020: Beratung Architekten zur Gestaltung barrierefreier Nutzung des Orangerieschloß

Allgemein: Mitarbeit in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung

### **Zukünftige Themen:**

- Problematik Eingangstür Beiratsbüro - Situation und Lösungsmöglichkeiten
- Schließung des Oberlin-Bewegungsbades
- Beratung „Inklusionstaxi“
- Mediation bei der Werkstatt für Beteiligung
- AG: Inklusionspreis
- AG: barrierefreie Stadt

### **Zukünftige Termine:**

- 02.März 2020: Gesamtbeiratssitzung, Haus 1, Raum 114
- 06. April 2020: Raum Volmer, Wissenschaftsetage, Am Kanal, Potsdam.
- 04. Mai 2020: Raum Süring, Wissenschaftsetage, Am Kanal, Potsdam.
- 14.5.2020, 16-17 Uhr Gesprächstermin beim OG Herrn Schubert
- 08. Juni 2020: Raum Süring, Wissenschaftsetage, Am Kanal, Potsdam.



**Einreicher:** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Betreff:** Standard für Einzelfallhelfer\*innen an Schulen

Erstellungsdatum 17.02.2020

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
18.02.2020	GSWI		X
04.03.2020	Stadtverordnetenversammlung		X

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag Neue Fassung:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Durch die Verwaltung soll eine erweiterte Ausführungsvorschrift für die Hilfen zur angemessenen Schulbildung erarbeitet werden. Bei der Schulbegleitung für Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen, die aufgrund ihrer (drohenden) seelischen Behinderung Hilfe zur angemessenen Schulbildung benötigen, sollen Einzelfallhelfer zukünftig über einen definierten Ausbildungsstandard wie z.B. staatlich anerkannte Erzieher/-innen, Sozialassistent\*innen o.ä. verfügen.

Zum Stand der Umsetzung soll im Juli 2020 im GSWI-Ausschuss berichtet werden.

**Begründung:**

Die Notwendigkeit der Überarbeitung der Ausführungsvorschriften für die Hilfen zur angemessenen Schulbildung bietet Potsdam die Chance die aktuell schwierige Situation für alle Beteiligten, die Kinder, die Lehrkräfte und Schulteams, die Assistenzkräfte zu verbessern.

- Die Vergütung kann in Form von Stunden und in Form von Pauschalen erfolgen.
- Die Schulassistenten kann im Bedarfsfall durch Fachkräfte oder Nichtfachkräfte erbracht werden.

Der Einsatz von Fachkräften ist erforderlich, wenn es sich um Maßnahmen zur Unterstützung überwiegend um (heil-)pädagogische Tätigkeiten handelt. Dies ist insbesondere bei Schüler\*innen mit Mehrfachbehinderungen, stark herausfordernden Verhaltensweisen, allen Formen des Autismusspektrums oder mit einem hohen Bedarf an Kommunikationsunterstützung der Fall.

- Heilpädagogen, Sozialpädagogen
- Heilerziehungspfleger
- Erzieher, Sozialarbeiter, Dolmetscher

Der Einsatz von Nichtfachkräften, Angehörigen oder von Freiwilligendiensten (BFd FSJ) darf nicht zum Einsatz kommen, um Kosten zu sparen, sondern, z.Bsp., wenn dies dem Wunsch- und Wahlrecht der

### **Fortsetzung der Begründung**

Eltern und dem individuellen Bedarf entspricht. Hier sind Weiterbildungen im fachlichen Kontext zu empfehlen.

Im Alltag ist eine Unterscheidung zwischen qualifizierter und einfacher Assistenz in der Leistungserbringung praktisch kaum möglich. Daher empfiehlt sich ein Mischkostensatz. Bei der Vergütung sind auch Freihaltereregulungen z. B. bei Krankheit und Schulferien der Schüler\*innen mit Behinderung zu berücksichtigen. Zu einer erfolgreichen Leistung gehört die Fachlichkeit und die Verlässlichkeit und Kontinuität in der Beziehungsgestaltung.

Einzelfallhelfer\*innen in der Schulassistenz sollten eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit, als auch eine dem Mindestlohn entsprechende Bezahlung erhalten können

---

Unterschrift